

Das Marxsche Quantitätsgesetz und die neuere Inflationsdiskussion

Zu einigen geldtheoretischen Problemen einer marxistischen Inflationserklärung*

Michael Paetau

michael.paetau@wissenskulturen.de

1 Zum Anspruch der Politischen Ökonomie

Es ist kaum zu leugnen, daß marxistische Wissenschaftler von der „neuen Inflation“ — wie Paul Samuelson das Phänomen von unvermindert anhaltenden Preissteigerungen bei stagnierenden oder gar abnehmenden Zuwachsraten des Nationaleinkommens bezeichnet hatte (Samuelson 1975) — ebenso überrascht wurden wie die Vertreter der etablierten Nationalökonomie und eine theoretische Klärung nach wie vor auf sich warten läßt. Erstaunlich ist jedoch die Tatsache, daß es fast zwanzig Jahre gedauert hat, bis auf der Basis der marxistischen Politischen Ökonomie die mit der neuen Erscheinung verbundenen theoretischen Probleme so formuliert waren, daß sich eine Inflations-*diskussion* unter Marxisten entwickeln konnte. Diese Zeit wurde zwar von der bürgerlichen Ökonomie wesentlich intensiver genutzt, brachte aber auch ihr kaum wirkliche Erfolge. Nachdem die keynessche Theorie der „demand-pull-inflation“ die Rezession 1955/56 in den USA, wo das Phänomen zum erstenmal auftrat, nicht überlebt hatte und die in der Folgezeit entwickelten zahlreichen Versionen der „cost-push-theory“ auch keine Klärung brachten, beschränkte man sich entweder auf mikroökonomische Erklärungen (administered-prices-inflation) oder reichte das Problem an die Nachbarwissenschaft Soziologie weiter. Mit deren Hilfe haben sich als vorherrschende Erklärungsmuster die sogenannten „Machttheorien“ herauskristallisiert, welche die Ursache des inflationären Prozesses aus der „monopolistischen Macht“ der Anbieter auf Güter- und Arbeitsmärkten ableiten. Die Beziehung zum makroökonomischen Bereich wird dabei durch einen theoretischen Trick hergestellt, indem ein „preispolitischer Willkürbereich“ unterstellt wird, in dem sich die Inflation durch bloße Aggregation individueller Preismanipulationen und fehlender Nachfrageorientiertheit des Marktes durchsetzt.

Um den soziologischen Aspekt der Inflation zu begreifen, kann es jedoch nicht ausreichen Inflation durch mehr oder weniger willkürliche Preissetzung mächtiger Kapitale zu erklären oder

*Dieser Text wurde erstmals 1978 in der Zeitschrift *Sozialistische Politik* (10. Jg., Heft 3, September 1978) publiziert. Mit Ausnahme von einigen wenigen redaktionellen Korrekturen handelt es sich um die unveränderte Wiedergabe der Originalversion.

durch das Machtverhältnis von Gewerkschaften einerseits und Unternehmern andererseits. Diese Faktoren — so bedeutsam sie auch sind — scheinen lediglich dem bloßen Willen und dem freien Handeln der Menschen zu entspringen; die objektiven Bestimmungsmomente und Grenzen ihres Handelns bleiben im Dunkeln, wenn nicht gezeigt werden kann, welchen grundlegenden gesellschaftlichen Bewegungsgesetzen sie unterliegen. Deshalb schreibt Marx:

„Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ (Marx 1968, MEW 23, S. 16)

Die Politische Ökonomie verfolgt gerade das Ziel, die das Handeln der Individuen leitenden Motive, wie z.B. das Streben nach maximalem Profit, nicht aus einer allgemeinen natürlichen Gier nach dem Gelde — so sehr diese auch vorhanden sein mag — zu begründen, sondern aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten abzuleiten, welche dieses Streben bestimmen. Dabei gilt es, die Verbindungsglieder nachzuvollziehen, die diese grundlegenden Bestimmungsgründe mit den Formen verbinden, in denen sie durch das menschliche Handeln exekutiert und damit als gesellschaftliche Wirklichkeit erfahrbar werden. Dadurch kann auch der Rahmen benannt werden, in dessen Grenzen sich das Handeln der Individuen bewegen kann.

Für Marx ist die bürgerliche Gesellschaft in der Totalität ihrer inneren Gliederung „ständig werdendes Resultat“ der grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetze, jedoch nicht als ein permanentes Wiedererscheinen auf der Stufe des einmal Gegebenen, sondern sie reproduziert sich auf einem ständig höheren Niveau, wobei ein geschichtlicher Prozeß zum Ausdruck kommt, der auf die Selbstaufhebung dieser gesellschaftlichen Form der Produktion gerichtet ist. Hier wird das Historische als ein allgemeines Moment des logisch-historischen Systemzusammenhangs der kapitalistischen Reproduktion begriffen. Daraus folgt, daß im Laufe des geschichtlichen Prozesses die Konstellation der einzelnen Elemente des Zusammenhangs von „innerer Kernstruktur“ und „äußeren Zwangsgesetzen der Konkurrenz“ (in denen das Wertgesetz seine allgemeine Durchsetzungsform findet) sich notwendig *verändern* muß. An Marxisten wird somit in bezug auf die Inflationsanalyse ein Anspruch gestellt, der über die Suche nach kausalen „Verursachungsgründen“ hinausgeht: Wenn Inflation nicht nur eine zufällige Erscheinung ist, sondern logisch-genetisches Entwicklungsprodukt der Entfaltung kapitalistischer Widersprüche, dann ist zu beantworten, wie diese Modifikation der Marktgesetze *möglich* ist, ohne daß die Beziehung zu den grundlegenden Bewegungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft zerrissen wird.

Dieser Anspruch ist vor allem in bezug auf die „Anwendung“ des Marxschen Geldumlaufgesetzes, nach dem das Preisniveau die Menge des umlaufenden Geldes bestimmt und nicht umgekehrt, gar nicht leicht einzulösen. Denn Marx hat dieses Gesetz auf einer sehr hohen Abstraktionsebene seines theoretischen Systems formuliert, so daß es einer Reihe von Vermittlungsschritten bedarf, um mit ihm konkrete empirisch verfolgbare Bewegungen deuten zu können. So bezieht es sich in seiner allgemeinen Formulierung (in der die Quantitätstheorie Ricardos kritisiert wird) eindeutig

auf ein Goldwährungssystem, das in reiner Form jedoch nie existiert hat. Schon die Papiergeldzirkulation als Repräsentation des Goldes im Prozeß des gesellschaftlichen Austausches modifiziert dieses Gesetz ganz erheblich, da im Gegensatz zu Gold „jede beliebige Masse von Papierzetteln vom Zirkulationsprozeß absorbiert und gleichsam verdaut“ (MEW 23, S. 142) werden kann (Marx meint hier Staatspapiergeld mit Zwangskurs). Die gewaltsame Geltendmachung des Quantitätsgesetzes, die bei einem Übermaß an Gold die Schatzreservoirs füllt, muß auf der Basis einer Papiergeldzirkulation zu einer allgemeinen *Preiserhöhung* oder — was nur die andere Seite ein- und desselben Prozesses ist — *Geldentwertung* führen (abstrakte Inflationsmöglichkeit bei Marx).

Um diese umgekehrte Wirkungsweise des Quantitätsgesetzes als dessen *Mystifikation* methodisch sauber zu analysieren, kann der bloße Hinweis darauf, daß bei einer Papiergeldwährung „alles anders“ ist, keinesfalls ausreichen, sondern es gilt, die Beziehung der mystifizierten Form zu dem ihr zugrundeliegenden Bewegungsgesetz herauszuarbeiten. Nur so kann auch eine quantitätstheoretische Deutung des Marxschen Papiergeldumlaufgesetzes vermieden werden. Diese Aufgabe hat Marx in geschlossener Form nie verfolgt, sondern wir finden nur sehr vereinzelte Hinweise, die über sein gesamtes Werk verstreut sind. Um diese Beziehung zu untersuchen, wäre es notwendig, das Verhältnis von *Geldangebot* und *Geldnachfrage* näher zu untersuchen und dabei nicht nur nach der Wirkungsweise eines Überschusses, der bereits in der Zirkulation vorhanden ist, zu fragen, sondern auch zu untersuchen, über welchen Mechanismus er in die Zirkulation gelangt. Hierbei nähern wir uns bereits sehr konkreten Formen der „Oberflächenbewegung“ des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und stoßen dabei auf weitere Probleme: Die mittlerweile erfolgte völlige Abkehr vom Goldstandard, die mit der Entwicklung des kapitalistischen Kreditsystems verbundene sinkende Bedeutung des wirklich in der Zirkulation befindlichen Bargeldes und der wesentlich umfangreichere Staatseingriff haben zusätzlich Veränderungen herbeigeführt, die einer sorgfältigen theoretischen Analyse bedürfen, um die monetäre Bewegung in ihrer empirischen Konkretion heute überhaupt als ein Ausdruck des allgemeinen Geldumlaufgesetzes erkennen zu können.

2 Geldbegriff und Geldmenge

Marx ist immer davon ausgegangen, daß sich der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß die zur Zirkulation erforderliche Geldmenge selber schafft. Bei einer reinen Metallwährung wäre dies in der Tat wegen des automatischen Zu- und Abflußmechanismus kein Problem. Die zirkulierende Geldmenge wird hier ausschließlich durch die *Geldnachfrage* bestimmt. Eine Papiergeldwährung erfordert demgegenüber schon ein partielles Maß an gesellschaftlicher Lenkung des ökonomischen Prozesses, da die für die Zirkulation erforderlichen Papiergeldzettel nicht mehr das Ergebnis eines spontanen Anpassungsprozesses sein können, sondern vom Staat emittiert werden. Damit ist auch die Möglichkeit eines autonomen Geldangebots gegenüber der Geldnachfrage gegeben. Der Staat ist dabei gezwungen, die Gesetze der Metallgeldzirkulation nachzuahmen. Um einen reibungslosen Ablauf des Reproduktionsprozesses zu gewährleisten, muß er darauf achten, daß sich Geldangebot und Geldnachfrage möglichst im Gleichgewicht befinden. Da die Summe

aller Preise aufgrund der Schwankungen im Warenabsatz — seien sie nun durch die Bewegung des Krisenzyklus oder durch andere Faktoren verursacht — ständig variiert und die Papiergeldmenge sich weder diesen Schwankungen anzupassen vermag (im Gegensatz zum Goldgeld) noch ständig verändert werden kann, muß die Geldquantität auf ein Minimum reduziert bleiben. Über dieses Minimum hinaus notwendig werdende Zirkulationsmittel können durch das Kreditsystem bereitgestellt werden (Vergl. Hilferding S. 40). Damit tritt eine weitere Modifikation des Geldumlaufgesetzes ein: Die Gesamtsumme des in einem gegebenen Zeitabschnitt umlaufenden Geldes ist nun

„... bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit der Zirkulations- und Zahlungsmittel gleich der Summe der zu realisierenden Warenpreise plus den Summen der fälligen Zahlungen, minus der sich ausgleichenden Zahlungen, minus endlich der Anzahl der Umläufe, worin dasselbe Geldstück abwechselnd bald als Zirkulations- bald als Zahlungsmittel funktioniert.“ (Marx 1971, MEW 13, S. 153)

In der Form des Kreditgeldes finden wir die fortgeschrittenste Verselbständigung der Geldkategorie, wie sie mit der logischen und historischen Entfaltung der Funktionsbestimmungen des Geldes einhergeht. Der unsichtbar gewordene Zusammenhang mit der materiellen Basis der Wertform wird jedoch im Verlauf des kapitalistischen Krisenzyklus gewaltsam wiederhergestellt:

„Der Kredit als ebenfalls gesellschaftliche Form des Reichtums, verdrängt das Geld und usurpiert seine Stelle. Es ist das Vertrauen in den gesellschaftlichen Charakter der Produktion, welches die Geldform der Produkte als etwas nur Verschwindendes und Ideales, als bloße Vorstellung erscheinen läßt. Aber sobald der Kredit erschüttert wird — und diese Phase tritt immer notwendig ein im Zyklus der modernen Industrie —, soll nun aller reale Reichtum wirklich und plötzlich in Geld verwandelt werden, in Gold und Silber, eine verrückte Forderung, die aber notwendig aus dem System selbst hervorwächst.“ (Marx 1970, MEW 25, S. 588 f.)

„Der Reflux der auf den Kredit gegründeten Zirkulation zu ihrem Ausgangspunkt“ (MEW 13, S. 141), wie er schon von James Stewart entdeckt wurde, ist eine *wesentliche Charakterisierung des Kredits, die ihn prinzipiell vom Geld unterscheidet*.

Marx ist sich des Einflusses, den die Kreditbewegung auf das Geldumlaufgesetz ausübt, sehr wohl im klaren, denn der Kredit wirkt vermittelt auf die Quantität der notwendigen Zirkulationsmittel, indem er die Ökonomie der Zahlungsweise und die Zirkulationsgeschwindigkeit erhöht (MEW 13, S. 123 f. und MEW 25, S. 537). Dennoch — und das ist der *wesentliche geldtheoretische Unterschied* der Marxschen Auffassung zu den heute in der Volkswirtschaftslehre üblichen, auf McLeod und L.A. Hahn zurückgehenden Auffassungen (Vergl. dazu B. Fritsch 1968, der die Differenzen sehr gut herausgearbeitet hat) — kann es *keine inflatorische Wirkung des Kredits*

geben. Geldschöpfung findet — wenn wir von dem unrealistischen Beispiel des Hubschrauberabwurfs von Banknoten absehen — immer als Reaktion einer *Geldnachfrage* statt. Dies trifft auf beide hier relevanten Geldformen zu. Staatspapiergeld kann zwar allein durch überschüssige Emission eine Entwertung der Zirkulationsmittel hervorrufen, aber nur deshalb, weil jede Geldemission sowohl eine Passiva — als auch eine Aktiva-Erhöhung in der Bilanz der Zentralbank darstellt und somit die Nachfrageseite der Zirkulation unmittelbar tangiert (Hierauf wird noch in IV zurückzukommen sein). Ein reines Angebot an Kreditgeld dagegen hat überhaupt keine Auswirkungen auf die zirkulierende Geldmenge, da es zunächst nichts weiter darstellt als brachliegendes Geld, das darauf wartet, in produktives Kapital verwandelt zu werden. Erst wenn es auch tatsächlich nachgefragt wird, kann eine Wirkung auf die Geldmenge einsetzen. Dies ist dann allerdings ganz eindeutig als Folge der Erfordernisse des Reproduktionsprozesses erkennbar.

„Die Menge der zirkulierenden Noten (Marx meint hier private Banknoten = Kreditgeld, M.P.) richtet sich nach den Bedürfnissen des Verkehrs und jede überflüssige Note wandert sofort zurück zu ihrem Ausgeber.“ (Marx 1970, MEW 25, S. 540)

Die Konfrontation der theoretischen Einsicht über den engen Zusammenhang zwischen Konjunktur- und Kreditzyklus mit der empirischen Wirklichkeit in der letzten Krise bereitet vielen marxistischen Ökonomen in bezug auf die geldtheoretische Klärung der Stagflation Kopfzerbrechen. Die Untersuchung heutiger zyklischer Krisen lassen zwar einen „Reflux“ des Kredits erkennen, aber von einem „Umschlag des Kreditsystems ins Monetarsystem“ (MEW 25, S. 587) kann keineswegs gesprochen werden. Damit ist zwar eine ganz wesentliche Bedingung für das Phänomen der „Stagflation“ angesprochen, jedoch stellt sich folgende Frage: Was ist es, das diesen klassischen Mechanismus sich nicht mehr durchsetzen läßt und inwieweit sind solche gravierenden Veränderungen noch mit unserer theoretischen Basis zu vermitteln, kann also die Marxsche Kredittheorie überhaupt noch zur Erklärung der neueren Phänomene taugen, wenn der für den Marxschen Kreditgeldbegriff konstituierende Mechanismus nicht mehr wirkt?

3 Bemerkungen zum Inflationsbegriff

Bevor auf die beiden gestellten Fragen eingegangen wird — wobei ich hier hauptsächlich den geldtheoretischen Aspekt behandeln werde und weniger den preistheoretischen (vgl. dazu den im selben Heft abgedruckten Beitrag von M. Ellwardt) — erscheinen mir noch einige Bemerkungen zum Inflationsbegriff angebracht. Hier herrscht sowohl in der bürgerlichen als auch in der marxistischen Literatur ein ziemliches Durcheinander. Wegen der temporären Preisbewegungen innerhalb des klassischen Krisenzyklus, die gleichzeitig auch eine zyklische Veränderung des relativen Geldwertes bedeuten, ist es für einige marxistische Autoren keine Frage, daß hier eine inflatorische oder deflatorische Bewegung vorliegt. So für Rödel und Brandes, die davon überzeugt sind, daß seit der ersten Überproduktionskrise in England 1825 „die Inflation (..) nunmehr

zu einem Moment des Konjunkturzyklus“ wurde (Rödel 1976, S. 60). Solche Auffassungen resultieren m.E. aus einem falschen Verständnis des Preisbildungsprozesses bzw. der Herausbildung von Marktproduktionspreisen. Es wird hier nämlich unterstellt, daß es im realen Verlauf der Kapitalbewegung eine Situation gibt, die als Gleichgewicht zu bezeichnen ist und in der die Preise den Werten entsprechen, dann aber in der Prosperität sich das Gleichgewicht verschiebt, Preissteigerungen eintreten und in der Krise die Preise wieder fallen, d.h. der einmal festgelegt Geldwert ent- oder überwertet wird. Dies widerspricht jedoch dem Marxschen Wertbegriff, dessen Bestimmung, die *gesellschaftlich-notwendige Arbeit*, sich erst im nachhinein erweisen kann. Der Wert bedarf des Preises als notwendiger Ausdrucksform. Er wird zu einer Eigenschaft der Ware selbst, nichts von ihr losgelöstes oder ihr gegenübergestelltes, „sondern eine Bestimmung, in der sie als Geld vorgestellt wird“ (Marx 1974, Grundrisse, S. 105). Der Preis ist somit nichts anderes als der Wert selbst, allerdings in gegenständlicher Form. Die Preisbildung ist nicht mit der ideellen Preissetzung als Resultante von Kostpreis und Durchschnittsprofit, der in der betrieblichen Kalkulation gesetzt wird, vollzogen, sondern wird erst im realen Austauschprozeß abgeschlossen, wo sich erweisen soll, ob der individuelle Produktionspreis dem Marktproduktionspreis entspricht. Der (gesetzte) Preis ist *zunächst* nur der Anspruch des Warenverkäufers auf die Gesellschaftlichkeit seiner individuell verausgabten Arbeit, der „fromme Wunsch“, der in der Ware vergegenständlichten individuellen Arbeit „die Gestalt der allgemeinen Arbeitszeit zu geben“ (MEW 13, S. 70). Wenn Marx davon spricht, daß der Widerspruch zwischen individuell verausgabter und gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit sich in der Preisform seine Bewegungsform sucht, so sind dabei die Marktprozesse, die das Verhältnis bestimmen, in der die Wertgröße einer Ware durch die Beziehung zu einer anderen (Äquivalent = Geld) ausgedrückt wird, eingeschlossen (realisierter Preis). Das Wertgesetz bedarf seiner *Durchsetzungsformen*, um seine Gesellschaftlichkeit, die ja von Marx zunächst vorausgesetzt wird, zu erweisen („Selbstbewegung des Inhaltes“). Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion bilden „Glieder einer Totalität (...), Unterschiede innerhalb seiner Einheit“ (Marx, Grundrisse, S. 20). Der Wert verwandelt sich erst dann in den Marktproduktionspreis, nachdem auch die letzte seiner drei Existenzformen (Metamorphosen) wieder aufgehoben ist, er sich also innerhalb der Zirkulation von Warenkapital in Geldkapital zurückverwandelt hat. Der Einfluß des Nachfrage-Angebots-Mechanismus ist dabei keine Störung des die Gesellschaftlichkeit des Wertes herstellenden Prozesses, sondern konstitutiver Bestandteil, wie schon Marx auf der abstrakten Ebene des Zusammenhangs von Wert und Preis, also noch auf der Ebene der Annahme einer absoluten quantitativen Kongruenz beider Größen entwickelt und später bei der Herausbildung der Durchschnittsprofitrate verdeutlicht hatte.

Das bedeutet, daß sich die Verwandlung des Wertes in den Preis im Verlauf beständiger Expansion und Kontraktion des Reproduktionsprozesses vollzieht. Dieser Prozeß erstreckt sich dabei über den gesamten Zyklus. Der Wertausdruck einer Ware ist erst als Resultat von Produktion und Zirkulation zu begreifen, wobei die Zyklizität des Gesamtprozesses berücksichtigt werden muß. Erst dann ist der Preis wirklich als Erscheinungsform des „*prozessierenden Werts*“ (Marx) verstanden und zwar im Prozeß seiner Gesamtbewegung, die sich durch ein Auf und Ab und damit

als *Ausgleichsbewegung* auszeichnet:

„(...) wenn das Ganze einer größeren oder kleinern Zeitperiode betrachtet wird, (decken) sich Zufuhr und Nachfrage beständig (...); aber nur als Durchschnitt der verflorenen Bewegung und nur als beständige Bewegung ihres Widerspruchs. Dadurch gleichen sich die von den Marktwerten abweichenden Marktpreise, ihrer Durchschnittszahl nach betrachtet, zu Marktwerten aus, indem sich die Abweichungen von den letzteren aufheben als Plus und Minus.“ (Marx 1970, MEW 25, S. 200)

Wenn also überhaupt von Gleichgewicht gesprochen werden kann, dann ist eben genau diese *Ausgleichsbewegung* gemeint, in der die Gesamtmetamorphose des Kapitals sich vollzieht und damit die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Das Auf und Ab der Preise im Krisenzyklus ist somit der *normale* Prozeß der Preistransformation des Werts. Von Inflation kann m.E. erst dann sinnvoll gesprochen werden, wenn im Verlauf des gesamten Zyklus die zum Ausgleich drängenden Wirkungskräfte daran gehindert werden, die Ausgleichsbewegung auch tatsächlich hervorzubringen, also auf Preissteigerungen in der Prosperität keine oder nur geringere Preissenkungen in der Krise folgen.

Die Beobachtung der Preisbewegung im Verlauf des 19. Jahrhunderts in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern Europas zeigt zunächst ein weitgehend dem zyklischen Konjunkturverlauf entsprechendes Auf und Ab, das jedoch 1896/97 einer *anhaltend steigenden Tendenz* weicht. Diese wird zwar in den Krisen durch Preissenkungen durchbrochen, was jedoch den langfristigen Trend nicht beeinflußt, (vergl. Jacobs 1935; Rödel 1976) Erst Mitte der 1950er Jahre wurde das Problem dieser permanenten Inflation ins Bewußtsein gerückt, als die Preise in Krisenzeiten überhaupt nicht mehr fielen, sondern höchstens ihre Steigerungsrate verringerten.

Es kann also als empirisches Faktum festgehalten werden, daß wichtige monetäre Veränderungen in der Verlaufsform des Krisenzyklus zeitlich mit den ersten größeren Strukturveränderungsprozessen des gesellschaftlichen Kapitals zusammenfallen, die Lenin als *Monopolisierungsprozesse* bezeichnet hat. Der inhaltliche Zusammenhang von Konzentrationsprozessen und Inflation wird auch heute kaum noch ernsthaft bestritten, ebenso, daß seine materiellen Ursachen (Notwendigkeiten für das Kapital) in der ständigen Zunahme des fixen Kapitalanteils gegenüber dem zirkulierenden liegen (vergl. Bücher 1910; Means 1935; Schmalenbach 1949; Ellwardt 1978; Bayreuther 1978). Hier soll auf die *Möglichkeit* eingegangen werden, die eine solche Notwendigkeit auf der Basis des Wertgesetzes besitzt.

4 Monopolpreis und monetäres Realisierungsproblem

Es sind also vor allem zwei Determinanten, die die permanente Inflation ihrer Möglichkeit nach bestimmen:

- die Strukturveränderung des gesellschaftlichen Kapitals, aus denen nicht nur veränderte Preissetzungsstrategien, sondern auch deren Realisierungsbedingungen entspringen,
- und die Schaffung eines Währungssystems, das die monetären Bedingungen — d.h. eine ausreichende Menge an Geld — dafür bereitstellt.

Die unternehmensstrategischen Bedingungen zur Durchsetzung monopolistischer Preisstrategien (Monopolpreis) werden durch die die monopolistischen Strukturveränderungen konstituierenden *Vorteilspositionen* bestimmter Kapitale in mehreren oder sogar allen Etappen des kapitalistischen Kreislaufprozesses (Finanzierung, Verwandlung in die stofflichen Elemente der Produktion, Produktion selbst und Vermarktung, d.h. Realisierung des Mehrwerts als Profit) selbst gesetzt. Dazu gehört natürlich auch der Versuch einer planmäßigen Einflußnahme des Kapitals auf den Marktmechanismus (z.B. durch Angebotslenkungsstrategien). Konkretisiert auf die Preisbewegung bedeutet dies, den Versuch zu unternehmen, die Preise nicht mehr dem spontanen Wirken des Marktes zu überlassen, sondern diese planmäßig zu beeinflussen. So wie der allgemeine Versuch, den kapitalistischen Reproduktionsprozeß zu planen und dabei die Voraussetzungen dieser Produktionsweise, das Privateigentum an Produktionsmitteln, unangetastet zu lassen, nur über Monopolbildung möglich ist, so ist ebenfalls die Preisbeeinflussung nur über die Veränderung der Konkurrenzbeziehungen möglich. Dies impliziert, daß dieser „*Lenkungsversuch*“ einer privatkapitalistischen Wirtschaft nur für Teile des Kapitals und selbstverständlich auch nur in den durch die Produktionsweise selbst gesetzten Grenzen gelingen kann. Darüberhinaus bedarf dieser Versuch jedoch bestimmter monetärer Bedingungen, die den Erfordernissen des veränderten Verlaufs der Kapitalreproduktion Rechnung zu tragen haben. Hierin ist denn auch der materielle Grund für die Veränderung des heutigen Geldwesens im Vergleich zu jenem zu sehen, das Marx bei seiner Analyse vorfand. Die Ablösung des Goldes als Geldware war eine der notwendigen Maßnahmen, die zukünftig eine überzyklische Aufrechterhaltung des Kreditüberbaus und damit einer ausreichenden Geldversorgung garantieren sollten.

Bei der Betrachtung der Entwicklung der Funktionen und Formen des Geldes zeigt sich, daß ohne die staatliche Gewalt eine den Reproduktionsbedürfnissen des Kapitals adäquate Entwicklung des Geldwesens nicht möglich ist. Erstens muß der Staat eine dem Produktionsvolumen entsprechende Geldmenge zur Verfügung stellen und darüber hinaus das auf private Schuldtitel basierende Kreditwesen sanktionieren. Eingriffen des Staates auch in den ökonomischen Prozeß der Gesellschaft insgesamt bedurfte es in allen Phasen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie waren neben der politischen Einwirkung auf die Klassenauseinandersetzungen vor allem auf die stofflichen Voraussetzungen zur Gewährleistung der gesellschaftlichen Reproduktion gerichtet. Es sind dieselben objektiven Gesetzmäßigkeiten, die es zu Formveränderungen zwingen und auch in immer größerem Ausmaß die Staatseinmischung herausfordern, in denen das Kapital dem sich zuspitzenden Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der sich im tendenziellen Fall der Profitrate äußert, eine den Verwertungsbedürfnissen entsprechende Bewegungsform entwickelt. So ist — und damit kommen wir auf die Kreditproblematik

zurück — der historisch gesehen erste größere Versuch einer Stabilisierung des Kreditsystems für den hier behandelten Zusammenhang von großer Bedeutung. Die historische Betrachtung macht gleichzeitig deutlich, warum in der modernen bürgerlichen Geldtheorie der Unterschied zwischen *Geld* und *Kredit* kaum noch thematisiert wird (was übrigens auch auf die neuere marxistische Literatur in der BRD zutrifft, im Gegensatz etwa zur sowjetischen). Zunächst waren alle Banknoten ihrem Ursprung nach reines Kreditgeld, private Schuldtitel, gezogen auf die Bank, d.h. eine Anweisung auf ihren Gold- bzw. Silberschatz (z.B. die von der Hamburger Girobank 1619 herausgegebene „Mark- Banco“ 0,01685 Pfund Feinsilber). Auf dem Wege der Wechselübertragung und — diskontierung konnten diese Banknoten auch als Zirkulationsmittel fungieren. Es ist jedoch schon eine Tendenz erkennbar, den kommerziellen Kredit nicht mehr als reinen einzelnen Privatakt abzuwickeln, sondern ihn unter ein „Clearing-System“ zu subsumieren (Vergl. MEW 25, S. 536 ff., Marx spricht hier von „Clearing-House“, das die Sicherheit des Kreditgeldes erhöht. Das Bedürfnis, die Konvertibilität der Banknoten in Gold oder Silber zu sichern, d.h. vor allem die *Garantie* einer solchen Konvertibilität zu besitzen — ob sie nun in Anspruch genommen wird oder nicht (hier wird *Vertrauen* in der Tat zu einer ökonomischen Kategorie) — führte in der Folge zu einer entscheidenden Veränderung des Währungssystems. Es entstand eine neue Papiergeldform, die im Gegensatz zur bisherigen Banknote nicht mehr frei in Gold konvertierbar war, deren Repräsentation eines bestimmten Quantum Gold jedoch staatlich garantiert wurde und deren Ausgabe auf staatliche bzw. staatlich autorisierte Stellen (Nationalbanken) beschränkt wurde. Die Zirkulations- und Zahlungsmittelfunktion dieser neuen staatlichen Banknote wurde somit von den Schwankungen und Unsicherheiten des Kreditsystems unabhängig, d.h. sie unterlag nicht mehr den Gesetzmäßigkeiten des Kredits sondern denen des definitiven Geldes.

In diesem Zusammenhang scheint mir ein Gedanke von R. Hilferding (Hilferding 1968, S. 73 ff.; vgl. auch Sanio 1975, S. 96 ff.) besonders wichtig: Wenn die Zentralbanknote, d.h. das Staatspapiergeld mit Zwangskurs aus dem Kreditsystem herausfällt, dann fällt auch der Zentralbankkredit und der dem Staat gewährte Kredit, die *Staatsschuld*, aus ihm heraus. Banknoten sind ihrem Wesen nach Schuldtitel. Das Papiergeld mit Zwangskurs ist ebenso eine Verbindlichkeit des Staates gegenüber den Mitgliedern der Gesellschaft, wie die Banknoten der Privatbanken gegenüber ihren Kunden. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Bei Zahlungsunfähigkeit eines privaten Kreditschuldners haftet dieser allein mit seinem Vermögen. Im Höchstenfall wird der einzelne Wechsel entwertet (= wertlos). Bei Staatsschulden sieht das ganz anders aus: Bei Zerüttung der staatlichen Währung haftet die gesamte Gesellschaft. Wenn die Staatsschulden wachsen, also die Staatsausgaben ständig die Einnahmen übersteigen, dann steigt damit auch stetig die Masse des umlaufenden Staatspapiergeldes, unabhängig davon, ob Zinsen und Tilgungen unmittelbar aus der Notenpresse finanziert werden. Denn „für den Charakter des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs ist es nämlich völlig gleichgültig, ob es die Form gestückelter Noten, die Form eines Buchungspostens auf der Liste der Kreditemissionen der Zentralbank oder selbst die Form eines Mikrofilms bzw. die Feldanordnung einer magnetischen Schicht auf, einem Plastikband oder andere Formen der elektronischen Datenspeicherung annimmt — die gesellschaftliche Zahlkraft des Zirkulations-

mittels bleibt dieselbe“ (Sanio 1975, S. 98). Der Staatskredit unterscheidet sich also ganz wesentlich vom privaten Kredit. Die durch den privaten Kredit erfolgte Geldvermehrung bricht wieder in sich zusammen, diejenige des Staates nicht, sie bleibt in der Zirkulation und entwertet das Geld. Eine klare Abgrenzung von Geld und Kreditgeld wird damit möglich.

Die Konsequenz aus dieser theoretischen Differenzierung ist eindeutig: Hohe Staatsverschuldung kann in einem ganz erheblichen Maße zur Stabilität des Kreditsystems und damit zur Durchsetzung der Inflation beitragen. Um dies zu untersuchen, reicht jedoch nicht die Analyse der staatlichen Verschuldung, sondern es muß gefragt werden, welchen Einfluß kann der Staat darüberhinaus auf das gesamte Kreditsystem ausüben, so daß er in den Augen der Individuen auch als Garant für die Sicherheit des *auf Kredit aufgebauten Geldsystems* erscheint, so wie vorher als Garant für die Kaufkraft des Papiergeldes. Das impliziert die Frage nach der Art und Weise, in der der Staat in die Nachfragestruktur eingreift.

Während ursprünglich die ökonomischen Funktionen des Staates als Garantie für die gesamte nationale Bourgeoisie fungierten und sich dabei in erheblichem Maße als Absicherung des *nationalen* Reproduktionszusammenhangs gegen das ausländische Kapital verstanden (entsprechend des ökonomischen und technischen Entwicklungsstandes Schutzzoll oder Freihandel, Schaffung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte durch militärische Eroberungen, Kolonialisierungen etc.) verändert sich dies im Verlauf der zunehmenden Strukturveränderung und Internationalisierung des Kapitals. Wenn sich das Monopol als die geeignete Form des Kapitals (Zentralisationsform) herausgestellt hat, die den kapitalistischen Reproduktionsprozeß auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aufrechterhalten kann, dann ist es eine logische Konsequenz des Staates, die Verwertungsbedingungen gerade dieser Kapitale zu stützen. Dies erfährt seine evidente sozialpolitische Legitimation dadurch, daß gerade diese Kapitale ungleich mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, die es zu schützen gilt, als kleinere Kapitale. Das bedeutet: Wenn die konkreten Verwertungsbedingungen den Monopolpreis und damit den Monopolprofit es „erfordern“, hat der Staat diesen dann sogenannten „Sachzwängen“ auf der Ebene der Logik des Kapitals nichts entgegenzusetzen, sondern trägt im Gegenteil zu deren Realisierung bei.

Durch die konzertierte Aktion von Staat und Monopolen wird es möglich, die Determinanten des Marktpreisbildungsprozesses zu beeinflussen. Die absolute Grenze hinsichtlich des Steigens der Marktpreise kann an der Größe der Revenuen der unterschiedlichen sozialen Klassen und Schichten festgemacht werden (Hier ist bereits die erfolgreiche Ersetzung der Preiskonkurrenz durch andere Strategien des monopolistischen Konkurrenzkampfes vorausgesetzt). Durch das Sammeln von Wertquanta, die den Einkommen der einzelnen Klassen in Form von Steuern oder anderer Abgaben entzogen werden, ist es dem Staat möglich, in die Nachfragestruktur einzugreifen, wobei zunächst noch keine zusätzliche Nachfrage erzeugt wird, sondern lediglich eine konzentrierte und gezielte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Schon hier können inflatorische Prozesse begünstigt werden, wenn der Staat bereit ist, die von den Monopolen gesetzten Preise zu zahlen. Dieser Prozeß wird verschärft, wenn der Staat auf freie Liquiditätsre-

serven zurückgreifen kann und erst recht, wenn darüberhinaus zusätzliche Staatsverschuldung die Marktnachfrage erweitert. Selbst wenn wir die gesetzlichen Bestimmungen, denen die Staatsverschuldung durch das Grundgesetz (Art. 111 (2)) und das Bundesbankgesetz unterliegt, in Betracht ziehen, ist der Staat in der Lage, sich jederzeit das für seine marktintervenierende Nachfrage oder auch direkten Subventionen erforderliche Quantum an Zahlungsmitteln zu beschaffen, sei es durch Kredite der Bundesbank, die reine Geldschöpfung bedeuten, oder durch Kredite auf dem Geld- und Kapitalmarkt, die ebenfalls wegen ihrer absoluten Sicherheit dem Staatsgeld gleichkommen. Nun braucht W. Ehrlicher sich auch nicht mehr zu wundern, „daß die Preise der Staatsleistungen schneller steigen als die Preise der privaten Güter“ (Ehrlicher 1975, S. 450). Preissteigerungen in diesem, für die Aufrechterhaltung der monopolistischen Verwertungsbedingungen so wichtigen strukturellen Bereich, müssen sich auf die anderen Bereiche, die nicht unmittelbar Gegenstand der Staatstätigkeit sind, auswirken. Außerdem setzt hier der Überwälzmechanismus ein. Der Monopolpreis stellt sich für alle übrigen Warenverkäufer — einschließlich der Verkäufer der Ware Arbeitskraft — als Kosten dar, welche über Preis- und Lohnforderungen weitergegeben werden müssen, soll ein gegebenes Profit- bzw. Lohnniveau aufrechterhalten bleiben. Da die Überwälzung jedoch eine Einschränkung des Monopolprofits bedeutet, werden die Monopole mit weiteren Preiserhöhungen reagieren. E. Rau spricht hier m.E. zu Recht von einer „staatlichen inflationären Geldeinkommensgewährung für die zahlungskräftige Nachfrage gegenüber dem monopolistischen Preisangebot“ (Rau 1973, S. 832). Der Monopolpreis wird somit zum wichtigsten Bestimmungsfaktor für das Geld- und Kreditvolumen und zum *entscheidenden Verursachungsfaktor* der Inflation. Inflation bedeutet somit ein über defizitäre Finanzpolitik des Staates vermittelter Umverteilungsmechanismus, der den Monopolen Wertquanta zuführt, die den nichtmonopolistischen Bereichen entzogen werden.

Literatur

- Bayreuther, Reinhardt (1978). „Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation)“. In: *Sozialistische Politik (SoPo)* 2.
- Bücher, Karl (1910). *Die Entstehung der Volkswirtschaft*. Tübingen: Lapp'sche Buchhandlung.
- Ehrlicher, Werner (1975). „Das strukturelle Defizit“. In: *Wirtschaftsdienst* 9, S. 449–453.
- Ellwardt, Michael (1978). „Zum Problem von Monopolpreis und permanenter Inflation“. In: *Sozialistische Politik (SoPo)* 10.3, S. 65–77.
- Fritsch, Bruno (1968). *Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Hilferding, Rudolf (1968). *Das Finanzkapital (2 Bände)*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Jacobs A. & Richter, H. (1935). *Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 - 1934*. Berlin.

- Marx, Karl (1968). "Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1890): Der Produktionsprozeß des Kapitals". In: *Marx-Engels Werke, Band 23 (MEW 23)*. Berlin: Dietz.
- (1970). "Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band (1894): Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion". In: *Marx-Engels Werke, Band 25 (MEW 25)*. Berlin: Dietz.
- (1971). "Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859)". In: *Marx-Engels Werke, Band 13 (MEW 13)*. Berlin: Dietz, S. 3–160.
- (1974). *Grundrisse der politischen Ökonomie (Rohentwurf) (1858)*. Berlin (DDR): Dietz.
- Means, Gardiner C. (1935). *Industrial Price and their Relative Inflexibility*. Senate Document No. 13, 74 th. Congress, 1st Session. Washington.
- Rau, Eugen (1973). "Die Ursachen der säkulären Inflation". In: *Blätter für deutsche und internationale Politik, 1973 (Band 8 und 10)*, 818–840 und 1094–1106.
- Rödel U. & Brandes, V. (1976). "Inflation - Die historische Perspektive". In: *Inflation - Akkumulation - Krise, Band I und II*. Hrsg. von E. Altvater; V. Brandes und J. Reiche.
- Samuelson, Paul A. (1975). *Volkswirtschaftslehre, Band 1 und 2*. Köln: Bund Verlag.
- Sanio, Erhard (1975). *Währungskrise und Währungsintegration - Zu einigen Aspekten der politischen Ökonomie der Zahlungsbeziehungen auf der Grundlage der Geld- und Außenhandels-theorie von Karl Marx (Dissertation)*. Marburg.
- Schmalenbach, Eugen (1949). *Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis*. Köln - Opladen.